VR-05-NEU Zukunft sichern - ökologisch, gerecht, wettbewerbsfähig

Antragsteller*in: Stanislav Elinson (KV Leipzig)
Tagesordnungspunkt: VR Im V-Ranking priorisierte V-Anträge

Antragstext

Deutschland und Europa stehen vor großen wirtschaftlichen Herausforderungen – geopolitisch wie strukturell. Auch in Deutschland hat sich die wirtschaftliche Lage infolge der neuen geopolitischen Lage nach dem Angriffskrieg Putins auf die Ukraine spürbar verschärft - der Zugang zu scheinbar billiger Energie und vielen renditeträchtigen Absatzmärkten ist weggefallen. Jahrzehntelang aufgebaute Abhängigkeiten von Drittstaaten werden nicht kleiner, sondern größer. Wirtschaftliche Verflechtungen werden als Waffe eingesetzt.

Spätestens seit dem Draghi-Bericht ist auch klar: Die schwindende Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union ist alarmierend. Sie hat viele Ursachen: geringere Investitionen und weniger Dynamik bei innovativen Produkten, mangelnde Anwendung von Ergebnissen aus Forschung und Entwicklung, Mehrkosten durch Bürokratie, demographischer Wandel und Energiekosten.

Die Folgen für Deutschland: Die Zahl der Regelinsolvenzen und die Arbeitslosenzahlen bleiben hoch, und die Energiekosten bedürfen trotz eines starken Preisrückgangs bis unterhalb des Niveaus der letzten CDU-geführten Bundesregierung weiterer Entlastungen, vor allem für kleine und mittlere Unternehmen und für Privathaushalte. Die demographische Entwicklung, der Föderalstaat und ausgebliebene Investitionen in die Infrastruktur erschweren die deutschen Rahmenbedingungen.

In dieser Lage ist klar: Unsere Industrie braucht statt ideologischer Debatten Planungssicherheit, Innovationsförderung und -ermöglichung, Fachkräfte und die Senkung von Energie und Lohnnebenkosten und eine Bundesregierung, die Fortschritt nicht blockiert, sondern aktiv ermöglicht.

Die neue Bundesregierung hat Erwartungen geweckt – und enttäuscht. Statt die unter grüner Regierungsbeteiligung begonnenen Strukturreformen entschlossen fortzuführen, hat sie zentrale wirtschaftspolitische Weichenstellungen in Frage gestellt. Statt die ökologische Modernisierung und die notwendigen Reformen zum Nutzen von Wettbewerbsfähigkeit, Nachhaltigkeit und sozialer Sicherheit weiter auf Kurs zu halten, verliert Deutschland Zeit – mit realen Folgen: steigenden Lohnnebenkosten, überlasteten Sozialsystemen und einem gefährdeten Klimakurs. Während andere Volkswirtschaften gezielt auf Zukunftsbranchen setzen, fehlt der Bundesregierung eine kohärente Innovations- und Industriepolitik, die Wohlstand und Beschäftigung, Klimaneutralität, Transformation und Unabhängigkeit verbindet.

Deutschland steht damit an einem Wendepunkt. Wir brauchen Investitionen statt Symbolpolitik, Verlässlichkeit statt Rollback, Ehrlichkeit statt kurzfristiger Wahlgeschenke – und eine Wirtschaftspolitik, die Wettbewerbsfähigkeit, Klimaschutz und starke Binnennachfrage miteinander verbindet. Denn eine gestärkte Binnennachfrage ist zentral für wirtschaftliche Stabilität. Wirksame Maßnahmen gegen steigende Sozialbeiträge, ein gerechtes Steuer- und Transfer-

System sowie eine konsequente Abkehr von klimaschädlichen Subventionen sind die Grundpfeiler, die Wettbewerbsfähigkeit, Zusammenhalt und Klimaschutz verbinden.

Wir Bündnisgrüne wollen eine Politik, die Arbeitsplätze sichert, internationale Wettbewerbsfähigkeit stärkt, Klimaschutz voranbringt, regionale Gerechtigkeit herstellt und soziale Sicherheit generationengerecht organisiert. Nur so bleibt Deutschland stark – ökologisch, ökonomisch und sozial.

1. Standort Stärken, Abhängigkeiten beenden

Teile der Automobilindustrie haben mit Unterstützung einer zögernden Politik großer Koalitionen zu lange auf alte Technologien gesetzt und so die Transformation verschlafen. Die deutschen Hersteller drohen im globalen Wettbewerb zunehmend Marktanteile zu verlieren, insbesondere an neue Wettbewerber aus dem asiatischen Raum. Während in weiten Teilen der Welt die Elektromobilität auf dem Vormarsch ist, diskutiert die Bundesregierung über eine Renaissance des Verbrennungsmotors. Es ist gleichermaßen gefährlich für den Klimaschutz und die Zukunft unseres Industriestandorts, dass Union und SPD die europäische Einigung zum Verbrenner-Aus in Frage stellen und somit Unsicherheit schüren. In der aktuellen Strukturkrise braucht die Branche Planungssicherheit und gezielte Impulse für klimaneutrale Innovationen: Die klare Orientierung, dass ab 2035 in Europa kein fossiler Verbrenner mehr neu zugelassen wird, muss durch durch attraktive Anreize, die Attraktivität elektrischer Mobilität zu steigern, Förderung von Innovationen sowie durch strukturpolitische Maßnahmen in den vom Wandel der Automobilindustrie besonders betroffenen Regionen ergänzt werden. Dafür muss die Bundesregierung sorgen. So stärken wir die Position unserer Unternehmen auf den internationalen Märkten.

Wir fordern einen Ausbau der und Zugang zur deutschen und europäischen Ladeinfrastruktur für verlässliches und bezahlbares Laden und die Senkung der Stromsteuer für alle, ein Sonderbeschaffungsprogramm für E-Mobilität in Behörden und kommunalen Diensten, sozial gestaffelte Fördermodelle für Haushalte mit geringem Einkommen (z.B. „Social Leasing“), die an europäische Wertschöpfungsketten gebunden sind, sowie eine auf emissionsfreie, batterieelektrische Fahrzeuge ausgerichtete Kfz-Besteuerung. Förderung muss da ankommen, wo sie gebraucht wird. Wir wollen insbesondere Menschen mit geringem Einkommen beim Umstieg auf die Elektromobilität konkret unterstützen: Wer, insbesondere auf dem Land, oder zum Pendeln auf das Auto angewiesen ist und weniger als 40.000 Euro zu versteuerndes Jahreseinkommen hat, zahlt für das Leasing eines elektrischen Kleinwagens maximal 100 Euro pro Monat.

Die Elektrifizierung der Dienstwagenflotten ist einer der größten kurzfristig realisierbaren CO_2-Hebel im Verkehrssektor und zugleich sozialpolitisch sinnvoll. Ein aufkommensneutrales Bonus-Malus-System aus steuerlichen Maßnahmen kann dabei sicherstellen, dass Fahrzeuge mit hohem CO_2-Ausstoß stärker belastet und vollelektrische Fahrzeuge steuerlich entlastet werden. Diese Maßnahme trägt zur Erreichung der nationalen Minderungsziele im Verkehrssektor bei und kann zugleich Preissteigerungen durch den ETS 2 abmildern.

Gleichzeitig braucht es eine europäische Strategie für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation. Der Bericht von Mario Draghi hat deutlich gemacht, dass Europas Stärke nur in einem vollendeten Binnenmarkt für Innovation, Energie und Kapital liegen kann. Deutschland muss sich klar zur europäischen Industriepolitik

bekennen und gemeinsam mit seinen Partnern die Rahmenbedingungen für Investitionen in Europa stärken.

Deutschland braucht Investitionen, deshalb haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Sondervermögen Infrastruktur ermöglicht. Es darf aber nicht zur Haushaltskosmetik missbraucht werden, sondern muss ein strategisches Instrument für echten Fortschritt sein.

Wir fordern: eine klare Zweckbindung – ausschließlich für zusätzliche Zukunftsinvestitionen in Infrastruktur, Bau, Digitalisierung, Bildung und Energiewende. Investitionen in diesen Bereichen sind keine Belastung der Haushalte, sondern die Voraussetzung für Wachstum und Wohlstand. Eine verlässliche, vorausschauende Investitionspolitik ist der Schlüssel, um Deutschlands industrielle Stärke zu sichern, regionale Ungleichheiten abzubauen und die ökologische Modernisierung voranzubringen.

Deutschland braucht eine verlässliche, bezahlbare und zukunftsfähige - also klimaneutrale - Energieversorgung. Statt fossile Geschäftsmodelle zu schützen, machen wir günstigen grünen Strom durch smarte Netze, Speichertechnolgien, digitale Messsysteme, Wasserstoff und lokale Nutzung zur Grundlage für industrielle Erneuerung, Versorgungssicherheit und Teilhabe. Die geplante Ausweitung der Gaskraftwerkskapazitäten auf bis zu 20 GW dagegen übersteigt den realen Bedarf bei weitem. Anstatt flexible und erneuerbare Lösungen zu fördern, wird mit dieser Politik von Bundeswirtschaftsministerin Reiche der Einstieg in eine neue Abhängigkeit von fossilem Gas zementiert.

Der von der Bundesregierung geplante überdimensionierte Turbozubau neuer zentraler Gaskraftwerke ist Teil einer Politik zum Schutz fossiler Interessen und Geschäftsmodelle, alles zum Nachteil unserer Städte und Dörfer gerade in den ländlichen Regionen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Städte und Gemeinden in allen Bundesländern rechtssicher an der Wertschöpfung aus erneuerbaren Energien teilhaben. Die Kommunen sollen auch bei der Stromerzeugung aus Wind- oder Solarenergie außerhalb des EEG eine Ertragsbeteiligung von 0,2 Cent pro Kilowattstunde erhalten.

Doch die Zukunft ist elektrisch, erneuerbar und dezentral. Wir wollen die Dynamik des Ausbaus von Sonne, Wind und Speichern erhalten, denn wir glauben an industrielle Erneuerung, Zukunft mit KI, Digitalisierung und klimaneutrale Wertschöpfung made in Germany. Deshalb fordern wir: Ausbauziele bei Gaskraftwerken am tatsächlichen Bedarf ausrichten und die bereits mit der EU geeinten 5 GW Gas-Sprinterkraftwerke schnell errichten, Innovation und Flexibilität in den Mittelpunkt stellen und so Vorrang für kostengünstige, saubere Alternativen wie naturverträgliche Biomasse, Batteriespeicher und Lastmanagement schaffen. So gewährleisten wir Versorgungssicherheit ohne teure fossile Risiken und Abhängigkeit von Drittstaaten, oft Autokratien.

Gleichzeitig will die neue Bundesregierung die Investitionsanreize für Wind- und Solarprojekte deutlich abschwächen. Durch das absichtliche Bremsen der Energiewende verunsichert die Wirtschaftsministerin Investor*innen und gefährdet Versorgungssicherheit, Resilienz und Zukunftsfähigkeit.

Wir fordern: ein Marktdesign, das Investitionen stärkt, dezentrale erneuerbare Energieerzeugung erleichtert und die Dynamik des Ausbaus auf den eingeschlagenen Kurs hält – so bleibt Deutschland bei den Zukunftstechnologien wettbewerbsfähig.

Die Abschaffung der Gasspeicherumlage entlastet vor allem fossile Energien, während die von Merz und Klingbeil im Koalitionsvertrag zugesagte Senkung der Stromsteuer für Haushalte und Mittelstand ausfällt. Das verteuert die Elektrifizierung – das Herzstück der klimaneutralen Wirtschaft.

Wir fordern: eine sofortige Senkung der Stromsteuer für alle, damit E-Autos, Wärmepumpen und moderne Industrieprozesse günstiger werden und unsere Wettbewerbsfähigkeit verbessert wird.

Mit den Anträgen “Kurs Zukunft – sozial gerecht aus der fossilen Abhängigkeit” und “Energiewende 2.0: Nutzen statt Abwürgen” buchstabieren wir diese Konzepte aus.

Unsere Wirtschaft ist aber auch auf Rohstoffe angewiesen, die im Ausland gefördert und verarbeitet werden. Diese Abhängigkeit birgt erhebliche Risiken auf geopolitischer und wirtschaftlicher Ebene. Um unsere Rohstoffsouveränität zu stärken, müssen mehr deutsche und europäische Rohstoffprojekte auf den Weg gebracht und globale Rohstoffpartnerschaften vorangetrieben werden. Außerdem stärken, ist der Aufbau geschlossener Stoffkreisläufe dringend notwendig. Kreislaufwirtschaft bedeutet mehr als Recycling – sie umfasst die Verlängerung der Produktlebensdauer, die Förderung von Reparatur und Wiederverwendung, die Reduktion von Schadstoffen sowie nachhaltige Produktgestaltung von Anfang an. Wir fordern: gezielte Investitionen in Forschung, Förderprogramme und Praxisinitiativen für Kreislaufwirtschaft, um Rohstoffsouveränität, Klimaschutz und Innovationskraft zu verbinden.

Statt einem Aufbruch in die klimaneutrale Wirtschaft der Zukunft setzt die Bundesregierung zur Rolle rückwärts an. Die Wiedereinführung der Agrardieselsubvention durch CDU, CSU und SPD beispielsweise ist ein Rückschritt in der Klima- und Landwirtschaftspolitik. Wir wissen um die schwierige Lage vieler Betriebe, doch gerade deshalb brauchen sie verlässliche Perspektiven statt Subventionen, die öffentliche Mittel binden, die wir für einen ökologischen Umbau der Landwirtschaft und damit für die Verbesserung der Wertschöpfung in den ländlichen Regionen besser einsetzen sollten.

Fossile Subventionen blockieren die notwendige Transformation und sind mit Klimaschutz nicht vereinbar. Deutschland ist weiterhin einer der größten Subventionierer fossiler Energien in der EU; das schadet Klimazielen und bindet Milliarden, die für den ökologischen Umbau gebraucht werden. Wir wollen insbesondere klima- und umweltschädliche Subventionen abbauen. Dabei achten wir auf eine sozialverträgliche, verlässliche Umsetzung und Planungssicherheit. Die Mittel wollen wir in Klimaschutz, soziale Entlastung und Investitionen in die Zukunft umschichten.

2. Sozial, gerecht und sicher

Unsere sozialen Sicherungssysteme müssen verlässlich, gerecht und generationenfest sein. Um dies heute und in Zukunft zu gewährleisten, müssen sie reformiert werden. Auch um effizienter zu werden und so Kostensteigerungen abzubremsen. Wirksame Maßnahmen gegen steigende Sozialbeiträge sind auch ein Standortfaktor: Kalkulierbare Lohnnebenkosten stärken Investitionssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen. Dabei ist für uns klar: Reformen dürfen nicht auf Kosten der Schwächsten gehen. Sozialreformen ja, Sozialabbau nein. Unsere Gesellschaft braucht ein funktionierendes soziales Netz, das

Sicherheit gibt, Chancen eröffnet und auf Solidarität setzt – und ein grünes Aufstiegsversprechen, das jungen Menschen ermöglicht, ihre Zukunft selbstbestimmt und unabhängig von Herkunft oder Wohnort zu gestalten.

Nie zuvor haben die Beitragszahler*innen einen so hohen Teil ihres Einkommens für die Gesundheit- und Pflegeversorgung aufgebracht - und leiden trotzdem unter immer längeren Wartezeiten und Terminengpässen. Während Pflegekräfte und Ärzt*innen teils am Rande der Belastungsgrenze Übermenschliches leisten, liegt die Lebenserwartung in Deutschland inzwischen unter westeuropäischem Durchschnitt. Unser Gesundheits- und Pflegesystem ist so teuer, weil zu viel Geld in ineffizienten Strukturen versickert und an falschen Stellen Ausgaben ungebremst steigen. Gleichzeitig bleibt die Finanzierung zwischen gesetzlicher und privater Versicherung gespalten – das ist weder gerecht noch effizient.

Wir fordern deshalb ein Maßnahmenpaket, das die Ausgabenentwicklung im Bereich von Gesundheit und Pflege bremst, die Versorgung verbessert und Beiträge stabilisiert. Dazu gehört im Bereich der Gesundheitsversorgung:

- Die Kosten und Nutzen neuer, innovativer Arzneimittel in ein ausgewogenes Verhältnis zu setzen und weitere Preisexplosionen zu verhindern;

- Die Krankenhausreform konsequent umzusetzen, um bei besserer Qualität Kosten zu sparen;

- Die beschlussreife Reform des Notfall- und Rettungsdienstes unverzüglich auf den Weg zu bringen, um Patientinnen und Patienten frühzeitig in die medizinisch richtige Versorgungsebene zu leiten und außerdem Hausärzte in der Regel als verbindliche erste Anlaufstelle im Gesundheitssystem zu verankern, sowie teure Über- und Fehlversorgung zurückzudrängen;

- Ein dynamisierter Bundeszuschuss für versicherungsfremde Leistungen zur Stabilisierung der gesetzlichen Krankenkassen.

Im Bereich der Pflege fordern wir die die Stärkung der pflegefachlichen Indikationsstellung und Verordnung sowie die Stärkung der tagespflegerischen Versorgung, sowie die Pflege durch Zugehörige attraktiver machen, statt der pauschalen Streichung von Leistungen oder Abschaffung von Pflegegraden.

Zudem muss die derzeitige Schieflage im Zwei-Klassen-System korrigiert werden. Dafür sollen schrittweise auch die Privaten Krankenversicherungen in einen fairen Lasten- und Risikoausgleich einbezogen und die Bundeszuschüsse zu den Versicherungen über ein gerechtes Steuersystem finanziert werden, in dem auch sehr hohe Vermögen und Kapitaleinkommen einen angemessenen Beitrag leisten. Damit wird die Finanzierung insgesamt fairer verteilt als heute und die arbeitende Bevölkerung samt Unternehmen wirkungsvoll und nachhaltig entlastet.

Auch im Bereich der Rentenversicherung stellt sich die Frage, wie wir das System angesichts des demographischen Wandels finanzieren und ob sich junge Menschen auf die Rente noch verlassen können, wenn sie selbst älter werden.

Mit ihrem angekündigten Rentenpaket wird die Bundesregierung diesen akuten Herausforderungen nicht gerecht. Das Rentenniveau bis 2031 bei 48 % einzufrieren, schafft zwar kurzfristig Sicherheit auf dem Papier, führt aber langfristig zu keiner Stabilisierung des Systems. Hinzu kommt die Ausweitung der

Mütterrente, die zusätzliche Milliarden kostet, ohne damit gezielt Altersarmut von Frauen zu bekämpfen.

Dabei gibt es Maßnahmen, die zügig auf den Weg gebracht werden könnten:

Ein Schwerpunkt sollte darauf liegen, längeres Arbeiten in Gesundheit zu ermöglichen – damit mehr Menschen bis zum gesetzlichen Renteneintrittsalter ihrer Arbeit nachgehen können. Um flexible Übergänge von Beruf in Rente zu stärken, müssen Leistungen der Rente für die gesundheitliche Früherkennung, Prävention und Rehabilitation verbessert und ein gleitender Übergang durch Teilrenten und Teilzeitbeschäftigung ermöglicht werden. Ergänzend müssen dem Alter angepasste Arbeitsbedingungen, eine bessere Unterstützung bei Tätigkeitswechseln, Weiterbildungen und Umschulungen gefördert werden.

Zudem sollte ein öffentlich verwalteter Bürgerfonds für die Rente auf den Weg gebracht werden. Die Pläne dafür liegen auf dem Tisch. So ließe sich in der gesetzlichen Rentenversicherung eine ergänzende Kapitaldeckung etablieren, ausschließlich mittels Darlehen und Eigenmitteln des Bundes. Die Beiträge der Versicherten bleiben unangetastet. Der Bürgerfonds kann als finanziell attraktives Standardprodukt auch für die private und die betriebliche Altersvorsorge genutzt werden. Das würde die Rente zukunftsfester machen und wäre weit klüger, als mit der Frühstartrente die Fehler der Riesterrente zu wiederholen, die Banken und Fondsgesellschaften viele Einnahmen, den Bürger*innen aber wenig Erträge gebracht haben.

Zur Stärkung der gesetzlichen Rente sollten außerdem auch Abgeordnete, nicht anderweitig abgesicherte Selbstständige und perspektivisch Beamte, unter Beibehaltung des Alimentationsprinzips, in die gesetzliche Rente einzahlen.

Diese Maßnahmen gehen weit über das hinaus, was die Bundesregierung bis jetzt zur Stabilisierung der Altersvorsorge vorgelegt hat. Die Debatte zum sogenannten Rentenpaket der Regierung hat einmal mehr gezeigt, dass unserer Gesellschaft ein Generationenkonflikt droht, wenn die Folgen und finanziellen Auswirkungen des demographischen Wandels nicht richtig austariert werden oder auch nur der Anschein einer einseitigen Belastung entsteht. Deshalb möchten wir an einem neuen Generationenvertrag arbeiten, in dem junge Menschen nicht gegen alte ausgespielt werden, sondern sich in einem solidarischen System wiederfinden, das die Anliegen aller berücksichtigt. Diese Arbeit ist dann erfolgreich, wenn junge Menschen Beitragszahlungen nicht scheuen, weil sie wissen, dass auch sie dadurch im Rentenalter ein auskömmliches Leben führen können.

Mit diesem Anspruch möchten wir 2026 ein umfassendes Konzept zur Zukunft der Alterssicherung breit in der Partei diskutieren und der Bundesdelegiertenkonferenz 2026 vorlegen.

Das Konzept entsteht auf der Grundlage, dass die Alterssicherung solidarisch, generationengerecht, finanziell tragfähig und armutsfest gestaltet wird - für die heutigen Rentner*innen ebenso wie für die kommenden Generationen. Dafür gelten folgende Leitplanken:

1. Vertrauen in die Rente schaffen: Alle Menschen, die heute in Rente sind, genauso wie die künftigen Generationen, müssen eine auskömmliche Rente erwarten können. Wer jahrelang eingezahlt hat, muss davon im Alter gut leben können. Die Berechnung der Rente muss diesem Grundsatz folgen. Dafür

wollen wir auch über eine ausgewogene Weiterentwicklung des Verhältnisses von Äquivalenz- und Solidarprinzip sowie bessere Möglichkeiten, über das Erwerbsleben hinweg zusätzliche Vorsorge aufzubauen, diskutieren.

2. Generationengerechtigkeit sichern: Die Finanzierung der Alterssicherung muss so ausgestaltet werden, dass steigende Belastungen der Beitragszahler*innen durch den demographischen Wandel und längere Rentenbezugszeiten in der Rentenanpassung angemessen berücksichtigt und zusätzliche Lasten nicht einseitig auf jüngere Generationen verschoben werden. Auch der Nachhaltigkeitsfaktor muss unter dem Aspekt der Stabilisierung der Rentenfinanzen diskutiert werden.

3. Beiträge stabilisieren und die Basis verbreitern: Das Konzept soll Wege aufzeigen, wie die Beitragsbelastung für Beschäftigte und Unternehmen langfristig planbar und tragfähig bleibt. Dazu können unter anderem eine Stärkung der gesetzlichen Rente als tragende Säule, ergänzt durch eine verlässliche, für alle zugängliche und wirksame betriebliche und private Vorsorge, eine breitere Finanzierungsbasis, die Einbeziehung möglichst vieler Erwerbstätiger, sowie eine Kopplung des Renteneintrittsalters an die Entwicklung der Lebenserwartung, gehören.

4. Schutz vor Altersarmut stärken: Das künftige System der Alterssicherung soll wirksam vor Altersarmut schützen - insbesondere für Menschen mit niedrigen Löhnen und folglich geringen Renten.

5. Mehr Gerechtigkeit im System schaffen: Ungerechtfertigte Unterschiede und Privilegien zwischen verschiedenen Alterssicherungssystemen - im Speziellen zwischen den Leistungen der GRV im Vergleich zur Beamtenversorgung - sollen schrittweise abgebaut und das System insgesamt stärker zusammengeführt werden. Frühverrentungs- und abschlagsfreie Regelungen sollen so weiterentwickelt werden, dass sie vor allem Menschen mit langen Versicherungszeiten und körperlich oder psychisch besonders belastenden Tätigkeiten zugutekommen.

In herausfordernden Zeiten braucht es einen starken und verlässlichen Sozialstaat. Denn jeder Mensch hat das Recht auf soziale Teilhabe, auf ein würdevolles Leben. Die Debatte über angebliche Einsparungen beim Bürgergeld hat dieses Vertrauen in den Sozialstaat geschwächt, die Spaltung unserer Gesellschaft befeuert und obendrein nicht dazu geführt, dass auch nur ein Mensch mehr zurück in Arbeit findet.

Die geplante Neue Grundsicherung ist ein System, welches Menschen unter Druck setzt, statt ihnen zu helfen. Mit den geplanten Verschärfungen der Sanktionen und Leistungsbedingungen droht die Bundesregierung den grundgesetzlich garantierten Anspruch auf existenzsichernde Leistungen zu unterlaufen. Eine Grundsicherung bedeutet für uns, dass man sich auf den Sozialstaat verlassen kann und Kinder und Familien nicht in Obdachlosigkeit gedrängt werden. Die Milliarden Einsparungen, mit der die Union Wahlkampf gemacht und bis zuletzt in Aussicht gestellt hat, waren von Anfang an nichts anderes als ein leeres Versprechen und eine Stimmungsmache gegen Menschen, die Unterstützung benötigen. Wir fordern Einsparungen in der überbürokratisierten Verwaltung der verschiedenen Sozialleistungen zu finden, die sowohl Betroffene als auch Behörden oft überfordern. Zudem müssen Wohnkosten durch wirksame

Mietenregulierung gesenkt werden, auch um “Wohnen” wieder bezahlbarer für alle Menschen zu gestalten.

Die Debatte über das Bürgergeld stigmatisiert die betroffenen Menschen, spaltet die Gesellschaft und schwächt das Vertrauen in den Sozialstaat. Statt die Menschen gegeneinander auszuspielen, müssen die Menschen unterstützt und gesellschaftliche Teilhabe gefördert werden. Notwendig sind Solidarität und ein Sozialstaat, auf den sich Menschen in Not verlassen können. Wir fordern:

-Qualifizierungs- Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen müssen ausreichend finanziert werden,

- eine deutliche Verbesserung der Betreuungsschlüssel in den Jobcentern,

- einen Weiterbildungsbonus, der Qualifizierung attraktiver macht

- eine effizientere digitale Verwaltung, um bürokratische Hürden abzubauen,

- eine Absenkung der Transferentzugsraten, sodass sich Mehrarbeit spürbar lohnt,

- ergänzende Freibeträge für Kinder, Auszubildende und Pflegende sowie Menschen mit Behinderung, um besondere Lebenslagen zu berücksichtigen,

- bessere, vorrangige Unterstützung von Eltern bei der Organisation einer verlässlichen Kinderbetreuung durch die Jobcenter.

- angemessene Vermögensfreibeträge, ortsangemessene Mietübernahmen und den Ausschluss von grundgesetzwidrigen 100%-Sanktionen, um Armut und Wohnungslosigkeit zu verhindern.

- Regelsätze, Wohn- und Heizkosten fair und realitätsnah zu berechnen, auch um mehrere, aufeinander folgende “Nullrunden” beim Bürgergeld zu vermeiden.

Ein starker Sozialstaat traut den Menschen etwas zu, setzt auf Anreize und Unterstützung und eröffnet so neue Chancen und Perspektiven und gibt ihnen damit die Möglichkeit, wieder ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Davon profitieren auch Wirtschaft und Gesellschaft.

Das beste Mittel gegen steigende Beiträge und für solide Versicherungssysteme sind gute Löhne und eine breite Basis derer, die in die Systeme einzahlen. Dafür ist ein armutsfester Mindestlohn notwendig. Hierfür verankern wir den Referenzwert von 60 Prozent des Medianlohns aus der EU-Mindestlohnrichtlinie in das deutsche Mindestlohngesetz. Zudem setzen wir uns für eine stärkere Tarifbindung ein sowie mehr Mitbestimmung in Betrieben. Damit sorgen wir auch für gute und auskömmliche Arbeit. Denn unser Ziel ist es, dass Menschen, die arbeiten, immer mehr im Geldbeutel haben. Beschäftigte müssen in Zeiten von Strukturwandel in Veränderungsprozesse einbezogen werden. Gleichzeitig braucht es im Wandel auch Sicherheit. Entscheidend dafür ist eine Qualifizierungsoffensive. Wer sich auf Veränderung einlässt, muss wissen: Niemand wird im Stich gelassen. Der Sozialstaat muss Halt geben, wenn Biografien brüchig werden, und Chancen eröffnen, damit Neues beginnt.

Viele Menschen können und wollen mehr arbeiten, ihnen werden aber immer noch zu viele Steine in den Weg gelegt. Die Bundesregierung muss Maßnahmen ergreifen, um insbesondere Frauen mehr Erwerbstätigkeit zu ermöglichen. Dazu gehört der Kita-Ausbau aus dem Sondervermögen, verlässliche Betreuung, Anreize, um Mini-Jobs in reguläre Beschäftigung zu wandeln oder flexibler zwischen Teilzeit und Vollzeit

zu wechseln. Die Arbeitszeiten müssen im Sinne der Beschäftigten flexibler werden, damit sie mehr ins Familienleben passen.

Auch Menschen mit Behinderung geraten durch allgemeine Kostensteigerungen zunehmend unter Druck, weshalb ihre Hilfen und Unterstützungsangebote verbessert werden müssen. Dies gilt auch für die Eingliederungshilfe, die Menschen mit Behinderung die Teilhabe am Arbeitsleben ermöglicht.

Die Schulabbrecherquote muss weiter sinken und mehr junge Menschen einen berufsqualifizierenden Abschluss erreichen. Deutschland muss sich weiter für Menschen öffnen, die hier arbeiten und Teil der Gesellschaft werden wollen. Hürden beim Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete und Zugewanderte wie Arbeitsverbote müssen endlich fallen und Mittel für Sprach- und Integrationskurse massiv gestärkt anstatt gekürzt werden, denn unser Wohlstand hängt auch davon ab, dass alle, die können und wollen, arbeiten dürfen.

Voraussetzung für stabile Sozialversicherungen ist auch ein gerechtes Steuersystem. Denn die Steuern finanzieren die versicherungsfremden Leistungen, die die Sozialversicherungen für das Gemeinwesen erbringen.Ein gerechtes Steuersystem ist darüber hinaus die Grundlage für gesellschaftlichen Zusammenhalt und solide Staatsfinanzen. Heute gilt jedoch: Arbeit wird stärker besteuert als Kapital und Erbschaften. Das untergräbt das Leistungsprinzip, verschärft Ungleichheit und mindert die Handlungsspielräume des Staates. Besonders ungerecht ist die Besteuerung von Alleinerziehenden, die in Deutschland steuerlich deutlich höher belastet werden als im OECD-Durchschnitt, speziell ihre steuerliche Belastung im Vergleich zu Ehepartner*innen.

Die Erbschafts - und Schenkungsteuer weist erhebliche Schlupflöcher auf, ist effektiv ungerecht und sehr kompliziert gestaltet.Große Betriebsvermögen können weitgehend steuerfrei übertragen werden, während Erb*innen mittlerer Erbschaften oberhalb der Freibeträge belastet werden. Das vertieft die soziale Ungleichheit und schwächt die Finanzierung des Gemeinwesens.

Es ist an der Zeit, die Gerechtigkeitslücken zu schließen und sicherzustellen, dass alle entsprechend ihrer finanziellen Möglichkeiten einen fairen Beitrag leisten. Hierzu legen wir mit dem Beschluss (VR01) ein kurzfristige Handlungsperspektive vor.

3. Regionale Gerechtigkeit und Zusammenhalt

Der ökologische und ökonomische Umbau gelingt nur, wenn er allen Regionen zugutekommt. Gerade in strukturschwachen Gebieten, insbesondere in Ostdeutschland, sind Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Arbeitsplätze entscheidend für Zukunftsperspektiven. Darüber hinaus braucht es in allen Regionen eine gemeinwohlorientierte Ausrichtung der öffentlichen Wirtschaftsförderung, die soziale und ökologische Kriterien berücksichtigt und Unternehmen belohnt, die Tarifbindung, Mitbestimmung, Klimaschutz und lokale Wertschöpfung stärken.

Wir fordern:

• ein gezieltes Transformationsprogramm für strukturschwache Regionen, das Investitionen in erneuerbare Energien, moderne Industrie und Forschung bündelt,

• den Ausbau von Schienen, Breitband und Gesundheitsinfrastruktur, um ländliche Räume attraktiv zu machen,

• Anreize für Unternehmen, sich in Regionen mit hoher Abwanderung oder Arbeitslosigkeit anzusiedeln,

• stärkere Förderung von Bildung und beruflicher Qualifizierung in ostdeutschen Ländern, um die Abwanderung junger Menschen zu stoppen und Fachkräfte vor Ort zu halten.

Damit der Transformationsprozess demokratisch getragen wird und Zukunftsperspektiven vor Ort entstehen, stärken wir zugleich die Beteiligung junger Menschen an zentralen Entscheidungen der regionalen Entwicklung. So wird die Transformation zu einer Chance für den Osten und alle strukturschwachen Räume – und nicht zu einer weiteren Quelle von Spaltung.

4. Moderner Staat und Digitalisierung

Eine moderne, handlungsfähige Demokratie braucht einen digitalen Staat. Doch kleinteilige Zuständigkeiten, zersplitterte Verwaltungsstrukturen und föderaler Flickenteppich blockieren heute die notwendige Transformation. Das macht unsere Verwaltung zu kompliziert, viel zu bürokratisch, häufig teuer und ineffizient. Wir brauchen grundsätzliche Reformen, eine echte Modernisierungs- und Digitalisierungsagenda, damit Menschen in Deutschland mit dem Staat digital und auf Augenhöhe kommunizieren können und dabei Verwaltungskosten gespart werden.

Die Menschen in Deutschland sollen mit dem Staat digital und auf Augenhöhe kommunizieren können. Doch viele Prozesse werden lokal gedacht und organisiert, obwohl sie bundesweit einheitlich gestaltet werden müssten – etwa die Beantragung von Pass- und Ausweisdokumenten.

Beispielsweise ist es nicht zu erklären, dass bei unterschiedlichen Behördengängen immer wieder aufs Neue Einkommens- und Vermögensprüfungen erfolgen, teilweise sogar nach unterschiedlichen Kriterien, anstatt das so eine Prüfung einmal erfolgt und alle, die müssen, darauf zugreifen können. Mit solch grundsätzlichen Reformen lassen sich Verwaltungskosten drastisch senken.

Wir fordern:

• grundlegende Strukturreformen, um Doppelstrukturen im Föderalismus zu reduzieren und digitale Prozesse bundesweit zu harmonisieren.

• Eine Bündelung von Zuständigkeiten, Verantwortlichkeiten und die Budgetverantwortung im Digitalministerium.

• Eine “Once-Only”-Regelung, damit beispielsweise bei unterschiedlichen Behördengängen nicht immer wieder aufs Neue Einkommens- und Vermögensprüfungen erfolgen, teilweise sogar nach unterschiedlichen Kriterien, anstatt das so eine Prüfung einmal erfolgt und alle, die müssen, darauf zugreifen können.

Dazu braucht es einheitliche Rechtsbegriffe sowie Schnittstellen und Standards zwischen Verwaltung und Softwaresystemen, die Melde- und Reportingpflichten minimieren und Interoperabilität sicherstellen.

• Die Deutschland-App kann zum zentralen Zugangspunkt für Bürger*innen werden – für Ausweis, Behördengänge und Nachweise. Doch sie darf nicht als isoliertes Projekt verstanden werden, sondern muss in ein Ökosystem eingebettet sein, das

offene Schnittstellen nutzt und allen Regionen zugutekommt. Auch Unternehmen profitieren: von standardisierten Meldewegen, automatisierten Genehmigungsverfahren und reduzierter Bürokratie.

So entsteht ein digital souveräner Staat, der Innovation ermöglicht, Verwaltung beschleunigt, Vertrauen stärkt und Wirtschaft wie Gesellschaft gleichermaßen entlastet.

• Damit Daten nicht immer wieder neu erhoben werden müssen, treiben wir die Registermodernisierung und -vernetzung voran. Die Behörden sollen auf einer eigenen Cloud, die Sicherheit, Datenschutz, Quelloffenheit und Anbieterunabhängigkeit gewährleistet, Datentools vorhalten, bei denen Bürger*innen und Unternehmen ihre Daten nur einmal einpflegen müssen. Dann müssen die verschiedenen Ebenen der Verwaltung darauf selbst zurückgreifen.

Begründung

Zwischen Stanislav und dem BuVo geeinter Text inkl. modifizierter Übernahmen eingearbeiteter Änderungsanträge.

weitere Antragsteller*innen

Tobias Hocke-Beck (KV Göppingen); Kai Kristof Keune (KV Ettlingen); Kai-Uwe Berroth (KV Alb-Donau); Moritz Franz-Gerstein (KV Göppingen); Yann Aretin Eggert (KV Pinneberg); Dominik Schrade-Köhn (KV Alb-Donau); Christel Kunert (KV Alb-Donau); Marcel Veerman (KV Alb-Donau); Angela Scheffold (KV Alb-Donau); Eckhart Klein (KV Göppingen); Peter Schober (KV Leipzig); Ferdinand Müller (KV Leipzig); Lukas Mosler (KV Bautzen); Daniel Pawliczek (KV Leipzig); Jana Thomas (KV Leipzig); Jonas Malmström (KV Leipzig); Ralf Schmid (KV Alb-Donau); Steffi Schönherr (KV Chemnitz); Oliver Gassner (KV Konstanz); sowie 31 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.